

schaft am meisten betroffen sind, erhebliche Widerstände und Hemmungen, da sie nicht den nationalen Verhaltensweisen und Wertvorstellungen entsprechen. Es wird zu fragen sein, ob es sich bei diesen Mitteln und Methoden nicht erneut um ein „importiertes“ und deshalb unorganisches Verfahren handelt, für das die in manchen Regionen noch vorindustrielle Gesellschaft nicht vorbereitet ist.

Von entwicklungspolitischer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch die Mentalität der Lateinamerikaner im Bereich der Sexualität. Von seiten des Mannes gilt hohe Fruchtbarkeit als Beweis für Männlichkeit, auf der gleichen Ebene liegt das mit der Kinderzahl wachsende Ansehen der Mutter und die Geringschätzung der unfruchtbaren Frau (vgl. dazu G. Pérez Ramírez, Familienplanung und lateinamerikanische Problematik, „Concilium“, Dezember 1965, S. 863 ff.). Erst wenn die Primitivität des mit „machismo“ bezeichneten Verhaltens erkannt und verstärktes Verantwortungsgefühl gegenüber der Frau und der Nachkommenschaft verankert sein werden, kann die Geburtenplanung Anklang finden.

Um die Bevölkerung zu „entwicklungskonformem“ Denken und Handeln (im Sinne von R. F. Behrendt, Soziale Strategie für Entwicklungsländer. Entwurf einer Entwicklungssoziologie, Frankfurt a. M. 1965) zu führen und damit sowohl eine wirtschaftsfördernde Arbeitseinstellung als auch die angemessene Einstellung gegenüber den Familienproblemen verankern zu können, bedürfte es einer soliden Volksbildung.

### Die Rolle der Kirche

Bei den Hindernissen für die Bewältigung des Bevölkerungsproblems wird häufig die Haltung der katholischen Kirche genannt. Es ist unbestreitbar, daß die Kirche die Wertvorstellungen, das Familienverständnis und die Liebe zum Kind wesentlich geprägt hat — allerdings in einer Zeit, als das demographische Problem noch nicht bestand — und daß auch heute noch Predigt und Katechese von diesen Gedankengängen beeinflusst sind (vgl. G. Pérez Ramírez, a. a. O.). Daß aber heute der Einfluß der Kirche zumindest überschätzt wird, sei an zwei bezeichnenden Beispielen aus dem generativen Bereich selbst aufgezeigt. Die (nichtklinische) Schwangerschaftsunterbrechung ist bekanntlich eines der medizinischen Hauptprobleme des Kontinents (vgl. Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 221), trotz der eindeutigen Einstellung der Kirche. Andererseits werden die Methoden der Empfängnisverhütung, die die Kirche bislang nicht offiziell gutgeheißen hat, fast ausschließlich in jenen Bevölkerungsschichten praktiziert, denen man aufgrund ihrer ökonomischen

Situation eine besonders enge Bindung an die Kirche zuschreibt. Die tatsächliche Beeinflussung durch die Kirche im Bereich der Gesetzgebung hat mehr formalen Charakter. Der Kirche wird es nur insofern möglich sein, auf das prokreative Verhalten der Bevölkerung Einfluß zu gewinnen, indem sie sich weiterhin für eine ganzheitliche Entwicklung des Kontinents in wirtschaftlicher und bildungsmäßiger Hinsicht engagiert. Die Stellungnahmen der Bischöfe von Chile (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 268) und in letzter Zeit des kolumbianischen Episkopats (vgl. „Ecclesia“, 19. 8. 67, S. 15) lassen erkennen, daß die Kirche die Gefahr der demographischen Entwicklung realistisch einschätzt. Katholische Universitäten und Sozialinstitute, so in Chile, Argentinien und Brasilien, sind darum bemüht, die Probleme in ganzheitlicher Schau zu untersuchen und der Kirche und den Staaten die notwendigen Informationen und Impulse zu vermitteln.

In den Industrieländern hat der wachsende Bildungs- und Lebensstandard auch die Familienprobleme lenkbar gemacht, und damit wurde der Ausgleich zwischen Bevölkerungswachstum und wirtschaftlicher Versorgung geschaffen. Auch wenn man die demographische Entwicklung in den industrialisierten Staaten nicht als gesetzmäßigen „Zyklus“ verstehen will, erscheint es als unwahrscheinlich, daß für das Bevölkerungsproblem in Lateinamerika eine gültige Lösung gefunden werden kann, wenn es nicht gelingt, die Volksmassen selbst zu aktivieren: sei es negativ durch die mögliche Erhöhung des Lebensstandards bei geringerer Kinderzahl, sei es positiv durch wachsendes Verantwortungsgefühl gegenüber dem Wohl der Neugeborenen. Mit Recht weist der Centro Latinoamericano de Población y Familia, CELAP (eine Abteilung des von katholischen Soziologen und Wirtschaftswissenschaftlern geleiteten Centro para el Desarrollo Económico y Social de América Latina, DESAL, in Santiago de Chile) in der bereits zitierten Veröffentlichung darauf hin, daß sich das Bevölkerungsproblem Lateinamerikas nicht mit der einfachen Gleichung lösen läßt: entweder Steigerung der wirtschaftlichen Entwicklung oder Geburtenkontrolle (a. a. O., S. 5). Es bedarf vielmehr einer „globalen Strategie“, eines interdisziplinären Vorgehens, und es läßt sich nicht auf die biologisch-medizinischen und ökonomischen Grundlagen reduzieren. Auch die sozialen, kulturellen, psychologischen Fragen, die Probleme der Erziehung und der Volksgesundheit, der Moral, der nationalen Wertvorstellungen einschließlich der Sozialpolitik müssen berücksichtigt werden, wenn die Problematik umfassend und sachgerecht angegangen werden soll.

## Kommunismus in Südostasien

Südostasien, diese Staatenanhäufung zwischen den vier „Großen“ (Indien, China, Japan und Indonesien), hat gerade im Zusammenhang mit dem Vietnamkonflikt verstärkt die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Viele glauben, in diesem „Epizentrum eines weltpolitischen Lebens“ (Astar-Sternberg) und „Brennpunkt des Kampfes unserer Zeit“ (Liu Da-Niän/Peking) müsse eine Entscheidung fallen, die „nicht nur das Schicksal der asiatischen Völker, sondern das Schicksal der ganzen Welt“ bestimmen werde.

Man präziserte inzwischen das gefährliche Schlagwort von der „Gelben Gefahr“ und beschwört das Gespenst eines „aggressiven asiatischen Kommunismus mit der Zentrale in Peking“. Befürchtung und Hoffnung, Anlehnung an eine starke westliche Schutzmacht und Propaganda für die Revolution stehen sich in Asien gegenüber, ja verstärken einander immer mehr. Das im März 1963 in Washington bekanntgegebene Ergebnis einer „vertraulichen Meinungsumfrage“ in den Hauptstädten der Philippinen,



Japans, Südvietnams, Burmas, Thailands und in Singapur, wonach 62 Prozent der befragten „hervorragenden Persönlichkeiten“ die Ansicht vertraten, in den kommenden zehn Jahren sei in ihren Ländern entweder eine Aggression oder Revolution von Seiten Rotchinas zu erwarten, erhielt u. a. am 7. November 1966 die Ergänzung bzw. Bestätigung durch die „Pekinger Volkszeitung“. Darin hieß es, Vietnam sei nur der erste „Volkskrieg“, in den die USA in Asien hineingezogen worden seien. „Das heutige Asien wird Zeuge von mehr und mehr Volkskriegen sein.“

Mit Ordnung und Frieden scheint man in diesem Gebiet der Welt, in dem nationale Bewegungen, kommunistische Bestrebungen und politische sowie strategische Interessen der Großmächte aufeinanderprallen, vorläufig also wohl nicht rechnen zu können, ja die chinesische Atombombe und die zunehmende militärische Präsenz der USA in Asien deuten sogar die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung größeren Ausmaßes an.

### Wettkampf der Systeme

Die Konfrontation ist keineswegs neu, denn bereits 1922 verkündete der „Kongreß der Revolutionäre des Fernen Ostens“: „Die imperialistischen Mächte versuchen jetzt, ihre ins Wanken geratene Macht im Fernen Osten auf Kosten unseres Lebens, unseres Blutes und unserer Arbeit erneut zu stärken. Sie wollen uns in noch nachhaltigerer Weise als bisher versklaven. Das aber wird nicht geschehen. Wir wollen Herr über unser Schicksal sein. Wir sind die Mehrheit, wir sind Hunderte von Millionen, und die Einheit ist unsere Stärke“ (zitiert nach P. Gheddo: Die farbigen Völker erwachen, Frankfurt a. M. 1958, S. 96).

Die damalige Einigkeit allerdings existiert heute nicht mehr, denn Südostasien zerfällt in Staaten mit unterschiedlicher Kolonialvergangenheit und unterschiedlicher Einstellung zum Kommunismus, dessen Einigkeit wiederum durch den Gegensatz zwischen Moskau und Peking sehr gestört ist. Den letzten gemeinsamen Plan für die „Befreiung“ Südasiens durch Aufstände erstellte die „Konferenz des asiatischen Kommunismus“ im Februar 1948 in Kalkutta. Fünfzehn Jahre später klagte Peking die Sowjetunion an, zwar davon „zu reden, die Bewegungen und Kriege für nationale Befreiung zu unterstützen“, jedoch mit allen Mitteln zu versuchen, „die Völker Asiens . . . zur Aufgabe ihrer revolutionären Kämpfe zu bewegen“ (Die Verfechter des neuen Kolonialismus, Peking 1963, S. 14).

Trotz dieser Differenzen wird wohl niemand ernsthaft behaupten können, die kommunistische Welt begnüge sich in Asien mit ihrer augenblicklichen Position. Die „Gegenseite“ jedenfalls geht in ihrer gesamten Asienpolitik davon aus, daß eine weitere kommunistische Ausdehnung zu erwarten sei. Die Handlungen des Westens werden von der sogenannten Domino-Theorie bestimmt, derzufolge bei einem Fall Vietnams auch Thailand, Laos und schließlich ganz Südostasien kommunistisch würden. Präsident Eisenhower hatte schon 1954 erklärt: „Wir haben es hier gewissermaßen mit dem Pfropfen einer Flasche zu tun, wobei die angrenzenden Gebiete Asiens — jener Großraum, der Indonesien, Birma und Thailand mit Hunderten Millionen Menschen umschließt — die Flasche darstellen“ (Warum Vietnam?, Godesberg 1965, S. 37).

In diesem „Wettkampf der Systeme“ fällt es schwer, ein

objektives Bild zu gewinnen, da zu viele Vorurteile, Propaganda und Spekulationen mit im Spiele sind. Geht man von der heutigen Situation aus, dann ergibt sich zunächst einmal folgende Gruppierung: Von kommunistischen Parteien beherrscht sind nur die Volksrepublik China, Nordkorea und Nordvietnam. Die Politik der jeweils getrennten Teile dieser Völker in Nationalchina, auf Formosa, in Südkorea und Südvietnam wird offiziell von einem strengen Antikommunismus bestimmt. In Laos scheiterte inzwischen das Experiment, Kommunisten, Antikommunisten und Neutrale gemeinsam regieren zu lassen. Während in Indien und Japan kommunistische Parteien legal arbeiten können und im Parlament vertreten sind, unterliegen sie in den restlichen südostasiatischen Ländern von Burma bis zu den Philippinen, seit 1966 sogar bis nach Indonesien, einem oft schon lange dauernden Verbot. Dies bedeutet jedoch nicht, daß ihre Bemühungen gering und erfolglos sind oder ihre Anhängerschaft unbedeutend ist. Genausowenig kann man daraus auf eine gemeinsame Politik dieser Staaten oder auf die gleichen Gründe für das Verbot schließen.

Die Illegalität bewirkte nicht nur eine fast einheitliche Hinwendung zu der revolutionären Politik Chinas und eine Abwendung von der Moskauer Theorie einer friedlichen Koexistenz und des parlamentarischen Weges zur Macht, sondern häufig auch ein Vordringen kommunistischer Tarnorganisationen oder allmähliche Unterwanderung ursprünglich nicht-kommunistischer nationaler Bewegungen. Seit der Eskalation im Vietnamkrieg, von dem China und die Vereinigten Staaten eine Entscheidung für ganz Südostasien erwarten, haben sich mit Unterstützung Pekings zwei neue Schwerpunkte im Kampf um Asien gebildet: Thailand und Malaysia. Bereits 1954 war von dem sozialistischen thailändischen Führer Pridi Phanomyong in Peking die Bewegung „Freies Thai“ neu gegründet worden mit dem Ziel, „die reaktionäre und feudalistische Regierung, die sich zum Sklaven des Imperialismus gemacht hat“, zu stürzen (vgl. P. Gheddo, a. a. O., S. 118), doch blieb der erhoffte Erfolg offensichtlich aus. Auch die Erklärung des Delegierten der verbotenen Kommunistischen Partei Thailands auf dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963 klang nicht gerade optimistisch: „Obgleich der Kampf des thailändischen Volkes noch sehr schwer ist, sind wir doch zutiefst davon überzeugt, daß das thailändische Volk . . . wenn es sich enger zusammenschließt, entschlossener kämpft und unter günstigen internationalen Bedingungen die Revolution in Thailand unbedingt zum Erfolg führen wird“ (zitiert nach H. Weber: Konflikte im Weltkommunismus, München 1964, S. 265).

### Besorgniserregende Entwicklung in Thailand

Weitere Schritte in dieser Richtung unternahm China gemeinsam mit ehemaligen thailändischen Politikern und Offizieren durch die Gründung der „Unabhängigkeitsbewegung Thailands“ in November 1964 und der „Patriotischen Front Thailands“ an Neujahr 1965, beide mit Sitz in Peking und den gleichen Zielen, und zwar „alle patriotischen Demokraten, ungeachtet ihres Geschlechts, Alters, Werdegangs, ihrer beruflichen Tätigkeit und ihrer Vergangenheit, zu vereinigen“, um für „die völlige Verwirklichung von Unabhängigkeit, Demokratie, Frieden, Neutralität und Wohlstand in Thailand zu kämpfen“ („Peking-Rundschau“, 22. 12. 64 / 16. 2. 65).



Diese Vorbereitungen und ein konkreter Hinweis aus Peking beschäftigten bereits kurz darauf den Minister rat der SEATO, wie aus Punkt 16 des Communiqués vom 5. Mai 1965 zu ersehen ist: „Der Rat nahm mit Sorge die Anzeichen zunehmender, von außen gelenkter kommunistischer Subversion in Thailand . . . zur Kenntnis, . . . ferner die Erklärung des Außenministers des kommunistischen China . . ., wonach Thailand das nächste Ziel sein sollte und ein Guerillakrieg noch vor Jahresende in Thailand ausbrechen werde“ (zitiert nach „Europa-Archiv“, 11/1965).

Daß es sich diesmal um mehr als leere Worte handelte, bewiesen Unruhen besonders im Nordosten des Landes, die den Innenminister Thailands zu der Erklärung veranlaßten, „die Wühlarbeit im Lande“ sei intensiviert, „Agenten seien verhaftet sowie Waffen und Munition kommunistischer Herkunft beschlagnahmt“ worden, und „die Lage an der Grenze sei kritisch“. Der angekündigte Ausbruch eines Guerillakrieges erfolgte am 7. August 1965 durch einen Überraschungsangriff der sogenannten „Streitkräfte des Volkes“ gegen eine Polizeipatrouille. In einem Rückblick auf die bisherige Entwicklung lobt die „Peking-Rundschau“ (22. 8. 67) begeistert die Erfolge der Kommunisten. Angeblich soll es in den zwei Jahren zu 500 „Schlachten“ gekommen, und der Partisanenkrieg soll auf 25 von den 71 Präfekturen des ganzen Landes ausgedehnt worden sein.

Mögen diese Angaben auch übertrieben sein, so steht doch fest, daß die revolutionäre Bewegung Erfolge aufzuweisen hat, von denen die kommunistische Partei selbst meint, daß sie sie „den großen Umwälzungen im In- und Ausland zu verdanken“ habe und die die Regierung veranlaßten, die USA um Hilfe zu bitten. Inzwischen ist bekannt geworden, daß sich rund 30 000 Amerikaner im Land befinden, die von ihren dortigen Stützpunkten nicht nur die meisten Einsätze gegen Vietnam, sondern auch Einsätze gegen die Partisanen in Thailand fliegen.

Thailand war nie Kolonie und galt bisher mit seiner Verbindung aus konstitutioneller Monarchie und gemäßigter Militärdiktatur als stabil und ruhig. Lediglich den Nordosten des Landes sah man bereits seit einigen Jahren als Gefahrenpunkt an, weil dieses arme Gebiet erheblich von dem sonst verhältnismäßig gut entwickelten Land absteht. Und gerade hier setzten die Kommunisten an.

Die Anhängerschaft des Kommunismus in diesem Gebiet, das rund ein Drittel der Fläche Thailands ausmacht, stammt neben den Unzufriedenen und Armen aus drei weiteren Gruppen: Die erste bilden die Überzeugten, die die Kommunistenverfolgung von 1961 überlebt haben. Es soll sich dabei um größtenteils junge Männer handeln, die keine Zulassung zu thailändischen Universitäten erhalten konnten und sich deshalb über die Grenze in Trainingslager der kommunistischen Pathet Lao begeben haben. Die zweite Gruppe, hauptsächlich bestehend aus Lehrern und Lokalpolitikern, die in Gegensatz zur Regierung gerieten, stammt teilweise noch aus der Zeit der Widerstandsbewegung gegen die Japaner und wurde vielfach von marxistischen Intellektuellen beeinflusst. Als dritte Gruppe gibt es in dieser Region rund 250 000 Flüchtlinge aus Vietnam, die weiterhin Ho Chi Minh verehren und von den aus Laos und Nordvietnam eingeschleusten Agenten leicht zur Mitarbeit gewonnen werden (vgl. „New Statesman“, London, 29. 4. 66).

Diese schnelle Entwicklung macht deutlich, wie schwer es heutzutage fällt, langfristige Prognosen zu stellen. Indo-

nesien ist ein weiteres Beispiel dafür: Noch kurz vor dem gescheiterten Putschversuch vom 30. September 1965 zählte die Kommunistische Partei Indonesiens (KPI) anlässlich ihres 45. Gründungstages all ihre Erfolge auf: „Älteste kommunistische Partei Asiens, drittstärkste kommunistische Partei der Welt — hinter der russischen und chinesischen KP —, drei Millionen eingeschriebene Parteimitglieder, weitere drei Millionen in den Jugendverbänden sowie rund zwanzig Millionen Mitläufer in den Frontorganisationen“ (vgl. „Le Monde“, 18. 6. 65). Der Erfolg schien unaufhaltsam und die Achse Peking — Djakarta bald perfekt. Doch dann plötzlich trat die Wende ein. Nach dem Putschversuch kam es zu einem schrecklichen Massenmord wirklicher oder angeblicher Kommunisten durch die fanatisierte und von der größten Partei der Moslems, Nahdatul Ulama, angefeuerte Bevölkerung. Sukarno sprach später von 87 000 Toten, allgemein wird jedoch angenommen, daß es zwischen 300 000 und 500 000 Opfer waren.

### Die indonesischen Ereignisse

Nach diesem Massaker war die Gefahr einer Machtübernahme durch die Kommunisten zwar gebannt, doch bleibt es fraglich, ob die augenblickliche Ruhe in Indonesien von Dauer sein wird. Die am 12. März 1966 endgültig verbotene KPI hat zwar augenblicklich keine Gelegenheit mehr, offen zu arbeiten und muß außerdem zunächst mühsam den zerschlagenen Parteiapparat wieder aufbauen, doch wird sie in Zukunft sicherlich wieder auf einen Teil ihrer früheren Mitglieder zurückgreifen können, da es unwahrscheinlich ist, daß die Millionen Mitläufer und Mitglieder der KPI von heute auf morgen überzeugte Antikommunisten geworden sind. Und die bisher rund 250 000 Indonesier, die sich seit Oktober 1965 in einer wahren „Bekehrungswelle“ dem Christentum zuwandten (vgl. „Presbyterian Life“, Juli 1967) — wozu selbst katholische Stellen sorgenvoll äußern, es könne sich dabei eventuell weniger um Glaubensüberzeugung als um Angst für die Zukunft handeln —, kann wohl nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Kommunismus noch viele Sympathien in Indonesien besitzt.

Bei den nächsten Wahlen im kommenden Jahr wird die KPI offiziell nicht vertreten sein, doch versuchte sie z. B., Einfluß in der bisherigen Beamtenpartei PNI zu gewinnen, die daraufhin bereits distriktsweise verboten wurde und befürchtet, bald vollständig aufgelöst zu werden.

Die in der „Indonesian Tribune“ (3/1967) veröffentlichte ausführliche „Selbstkritik des Politbüros des ZK der KP Indonesiens“ vom September 1966 sollte den Weg für die Zukunft weisen. „Je tiefer die Partei im Sumpf von Opportunismus und Revisionismus versank“, so hieß es darin u. a., „desto mehr ließ sie es an organisatorischer Wachsamkeit fehlen und desto mehr konnte sich in der Organisation der Legalismus entwickeln.“ Weiter hieß es dort, heute seien die indonesischen Marxisten-Leninisten „entschlossen, den Weg der Revolution zu gehen, indem sie voll den Massen vertrauen, sich auf diese stützen, mutig, intensiv, geduldig, beharrlich und wachsam arbeiten“.

### Vorwürfe aus Peking

Dies bedeutet eine wirkliche Umkehr vom bisherigen Weg, denn bis zum Verbot hatten es die Kommunisten



verstanden, unter dem Banner des Nationalismus und Antikolonialismus — teilweise stärker betont als von Sukarno — eine größere Anhängerschaft zu gewinnen. Parolen wie „Religion ist Privatsache“ und „Fördert den nationalen Kapitalismus im Kampf gegen den internationalen Kapitalismus“ lockten auch die Indonesier an, welche einem militanten Marxismus gegenüber skeptisch gewesen wären. Wahrscheinlich aber hat gerade dieser von kommunistischer Seite so hochgespielte Nationalismus dann bei der ständig zunehmenden Annäherung Indonesiens an Rotchina auch den Gegenschlag bewirkt, weil viele plötzlich die nationale Unabhängigkeit gefährdet sahen. Die KP, der es gelungen war, eine feste Position im geistigen und öffentlichen Leben des Landes einzunehmen, war im Begriff, den für sie wichtigen Schritt von der „sorgfältigen Arbeit der Zusammenfassung der revolutionären Kräfte“ zur „Übernahme der Staatsgewalt“ (Hsinhua, Peking, 30. 3. 64) zu tun; die allzu enge Bindung an die chinesische KP jedoch erwies sich als falsch nach der langjährigen Politik des parlamentarischen Weges und eines indonesischen „Nationalkommunismus“.

Inzwischen haben sich auch wieder Zentren des Widerstandes gebildet, so u. a. in Zentraljava. Im April 1967 bezichtigte die indonesische Regierung Peking der Finanzierung einer „revolutionären Verschwörung“. Inwieweit das zutrifft, ist nicht bekannt, jedenfalls frohlockte der Kommentator der „Pekinger Volkszeitung“ am 18. August 1967, es habe „sich die erfreuliche Nachricht verbreitet, daß die Kommunisten und andere revolutionäre Volksmassen Indonesiens ihre Kräfte ungeachtet des weißen Terrors wieder gesammelt und den bewaffneten Kampf gegen das faschistische Militärregime in einigen ländlichen Gebieten . . . begonnen“ hätten. — Der Schock vom 30. September 1965 wird also allmählich überwunden, und es läßt sich wohl kaum bezweifeln, daß der Kommunismus auch in Zukunft in Indonesien eine Rolle spielen wird. Erst kürzlich verschickte der Verband indonesischer Studenten im Ostblock mit Sitz in der ČSSR an die im Westen studierenden indonesischen Kommilitonen Schriften, in denen es hieß, daß sie sich im Ostblock darauf vorbereiteten, in 10 bis 15 Jahren als kommunistische Führungskräfte nach Indonesien zurückzukehren. Vielleicht tritt dann auch das ein, was der ceylonische Journalist Tarzie Vittachi nach den Massakern in Indonesien befürchtete: „ . . . es könnte sein, daß man in 15 Jahren mit der Rache jener zwei Millionen Kinder rechnen muß, die dabei ihre Eltern verloren . . .“ (The Fall of Sukarno, London 1967, S. 124).

Unerwarteter Aufstieg also in Thailand und unerwarteter Abstieg in Indonesien. Beides braucht nicht von Dauer zu sein, beides kann sich leicht in anderen Ländern Asiens wiederholen. Für Malaysia und Singapur liegt die Zentrale der „Befreiung“ inzwischen ebenfalls in Peking. Neben der seit 1930 bestehenden KP, die allerdings bisher lediglich zwischen 1945 und 1948 legal arbeiten konnte, existiert seit nunmehr fast 19 Jahren die „Malaisische Liga zur Nationalen Befreiung“, die zunächst in Djakarta ihren Sitz hatte, dann jedoch von der antikommunistischen Welle in Indonesien vertrieben wurde und seit Januar 1966 in Peking eine neue Heimat gefunden hat.

Von 1948 bis 1960 hatten Engländer und Malaien den ersten „Antiguerilla-Guerilla-Krieg“ der Geschichte gegen die hauptsächlich von Chinesen getragene Parti-

sanengruppe geführt, der mit der fast vollständigen Vernichtung der Aufständischen endete. Allmählich formierten sich dann neue Kräfte zum Kampf gegen die bereits seit 1957 unabhängige Malaisische Union und später gemeinsam mit Sukarno gegen die 1963 erfolgte Gründung Malaysias, dessen Regierung eine scharfe antikommunistische Haltung einnimmt. Besonders 1963 und 1964 verstärkten sich die Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und marxistischen Gruppen. Seitdem sind Singapur und der Bundesstaat Sarawak die Zentren der Opposition. Meldungen von 1965, daß rund 20 000 größtenteils chinesische Guerillas auf Borneo mit dem Kampf begonnen hätten, waren wahrscheinlich übertrieben, doch im September 1966 sah sich das Parlament Malaysias veranlaßt, Sofortmaßnahmen „gegen kommunistische Rebellen“ einzuleiten, nachdem in Sarawak vier „kommunistische Dschungellager“ und fünf Waffenverstecke entdeckt worden waren.

In Singapur könnte die Situation für einen Umsturz bald sehr günstig werden, wenn nämlich der dortige britische Militärstützpunkt, von dem heute jeder fünfte Singapurianer direkt oder indirekt lebt, aufgelöst wird — was nicht nur von London beschlossen wurde, sondern auch zu den erklärten Zielen der Kommunisten zählt. Dadurch würde die Zahl der jetzt bereits 100 000 Arbeitslosen enorm steigen (vgl. „Frankfurter Rundschau“, 14. 8. 67). Hier wie in den meisten anderen Ländern Südostasiens stellt die Gruppe der Auslandschinesen häufig die Vorhut kommunistischer Einflußnahme. Augenblicklich sieht es oft so aus, als wollten die ortsansässigen, pekingsfreundlichen Chinesen ihren Landsleuten auf dem Festland, in Hongkong und Macao bei der Ausbreitung der Kulturrevolution in nichts nachstehen. Besonders argwöhnisch beobachtet Moskau diese Entwicklung, die allmählich auch den letzten sowjetischen Einfluß schwinden läßt.

### Guerilla auf den Philippinen

Ähnlich wie Malaysia haben auch die Philippinen schon eine langjährige Guerillakriegserfahrung. Die 1930 gegründete KP verstand es während des Zweiten Weltkrieges, zusammen mit den Sozialisten, die führende Rolle in der Antijapanischen Volksarmee zu übernehmen und nach dem Krieg ihre Position in der abgekürzt „Huk“ genannten Volksbefreiungsarmee auszubauen, welche von 1948 bis 1964 mit zunächst rund 15 000 Guerillas Unruhe und Terror besonders auf der Hauptinsel Luzon verbreitete, nach 1957 aber immer mehr an Boden und Aktivität verlor.

Als der philippinische Präsident Macapagal jedoch im Mai 1964 verkündete, die „Huks“ seien endgültig besiegt, hatten sich bereits wieder neue Widerstandsgruppen gebildet, die inzwischen nicht zu unterschätzende Erfolge erzielen konnten. Der Präsident glaubte, die Verhaftung von Jesus Lava, dem 18 Jahre lang gesuchten Generalsekretär und Vorsitzenden der seit dem „Anti-Subversionsgesetz“ von 1957 verbotenen KP, bedeute auch das Ende von Partei und Huk-Bewegung.

Doch hatte Jesus Lava seit 1960 die Partei neu organisiert und in intensiver Arbeit neue Mitglieder herangezogen, so daß seine Verhaftung keineswegs zum Zusammenbruch der KP führte. Er selbst nannte nach seiner Inhaftierung die KP der Philippinen „die unabhängigste und isolierteste KP der Welt“, deren „Mitglieder auf sich selbst gestellt“ und „auf verstreute Inseln der Aktivität



begrenzt“ seien. Aufschwung erhielt die Bewegung durch den Unmut der Bevölkerung über die immer wieder hinausgezögerte Landreform und durch Unterstützung von der benachbarten indonesischen KP, die nach dem Umsturz im Oktober 1965 natürlich ausblieb.

Von chinesischem Einfluß und chinesischer militärischer Ausbildung der Huks wird viel gesprochen, stichhaltige Beweise konnten allerdings bisher nicht erbracht werden. Nach jüngsten Schätzungen (vgl. „Problems of Communism“, 2/1967, S. 65 ff.) bestehen die Huks aus 1000 bis 1200 Elite-Mitgliedern in straff organisierten Kadern von 50 bis 100 Mann und mindestens 20 000 Mitläufern. Dabei werden überzeugte Kommunisten, nichtkommunistische „Radikal-Reformer“ und Opportunisten unterschieden, wobei die letzte Gruppe wegen der von ihr häufig angewandten Methoden der Erpressung und Entführung die gesamte Bewegung in den Verdacht bringt, nicht mehr als eine zweite Mafia zu sein. Nicht zuletzt deshalb besteht Jesus Lava unbedingt darauf, daß alle Mitglieder der verbotenen KP einige Zeit zur marxistischen politischen Unterweisung unter den Huks verbringen.

Außer der subversiven Tätigkeit suchte die KP nicht ohne Erfolg, mit Hilfe einer Jugendorganisation und einer Arbeiterpartei auf legalem Weg Einfluß auf die Politik des Landes zu gewinnen, so daß der Kongreß inzwischen Überlegungen anstellt, ob nicht auch diese neuen Organisationen unter das „Anti-Subversions-Gesetz“ fallen. Angeblich im August 1966 gefundene Dokumente mit Plänen für eine „reguläre Huk-Armee“ mit ca. 20 000 Mann führten zu einer noch starrerem Haltung der Regierung gegenüber der Opposition, womit allerdings der kommunistische Einfluß wohl kaum gebremst werden kann, wenn nicht bald schon längst fällige Reformen durchgeführt werden.

Das Beispiel der Philippinen, die noch im letzten Jahr in dem Flugblatt einer katholischen Missionsgesellschaft als „das einzige katholische Land in Ostasien, das stärkste Bollwerk in Ostasien gegen den Kommunismus“ bezeichnet wurde („von 32 Millionen Filipinos sind 30 Millionen katholisch“), zeigt, daß ebenso wie der Islam und Buddhismus — vorherrschend in allen anderen südostasiatischen Ländern — auch die christliche Religion keineswegs in der Lage ist, kommunistischen Einfluß einzudämmen, solange in der Praxis nicht auch tiefgreifende Reformen und Behebung sozialer Ungerechtigkeit zu verzeichnen sind.

### Widerstand in Kambodscha

Die Bewohner eines fast ganz buddhistischen Landes, Kambodscha, in dem jeder 20. Bürger die gelbe Robe eines Bonzen trägt, scheinen geschlossener hinter ihrer Regierung, verkörpert durch den Prinzen Sihanouk, zu stehen, obwohl auch ihr Land neuerdings von Unruhen erschüttert wird. Als Nachbarstaat von Vietnam und ebenso wie Laos Teil des früheren Indochina sowie durch den Ho-Chih-Minh-Pfad ungewollt in das Geschehen in Vietnam miteinbezogen, wurde Kambodscha seit seiner Unabhängigkeit 1953 von Ost und West umworben. Doch gleich zu Anfang verhinderte Prinz Sihanouk großen Einfluß von kommunistischer Seite, als er darauf bestand, daß die nach dem Indochinakrieg im Norden des Landes sesshaft gewordenen ehemaligen Freiheitskämpfer ihre Streitkräfte auflösten und der Vietminh das Land verließ.

Die kleine kommunistische Partei fand wenig Anhänger, und allgemein glaubt man, daß in Kambodscha eine „kommunistische Gefahr“ eigentlich nur von außen, nicht aber von innen drohe. Dennoch ist der Prinz sehr pessimistisch und hält die Machtübernahme der Kommunisten in Südostasien auf die Dauer für unaufhaltsam. Er glaubt, „daß die kommunistischen Großmächte ihm vor seinen — wenigen — Kommunisten solange den Vorzug geben, wie sie überzeugt sind, daß sich Kambodscha unter seiner Führung nicht mit dem proamerikanischen Südvietnam und Thailand zusammenschließen wird“ („Christ und Welt“, 22. 5. 64).

Seine Neutralitätspolitik kam dem Land wirklich zustatten, doch zum 1. Januar 1964 kündigte er von sich aus die amerikanische Wirtschafts- und Militärhilfe mit den Worten: „Wir werden ärmer, aber unabhängiger sein.“ Seitdem stand Sihanouk im Westen im Ruf, linksorientiert zu sein, besonders weil sich die Kontakte mit der Volksrepublik China vermehrten. Diese Einstufung ist sicherlich zu einfach, denn trotz enthusiastisch gefeierter „chinesisch-kambodschanischer Freundschaft“ bei Besuchen in China vergaß er doch nie, auf die Unterschiede in den Gesellschaftssystemen hinzuweisen und ständig die Unabhängigkeit und die Vorgänge im eigenen Land im Auge zu behalten. Bekannt wurde seine Bemerkung: „Wir sollten aufhören, unsere Studenten nach Paris zu schicken, von wo sie als Kommunisten zurückkehren. Laßt sie lieber nach Peking gehen, wo sie den Kommunismus in der Praxis erleben. Bestimmt werden sie als Antikommunisten wiederkommen.“

Im August 1964 ordnete Sihanouk die Auflösung der in Kambodscha von chinesischen Siedlern gebildeten Partisanengruppen an. Und jetzt scheint es, daß das bisher gültige Bild von Kambodscha als einem der „ruhigsten und geordnetsten Länder Asiens“, in dem die sechs Millionen Einwohner „glücklich in einer Oase des Friedens“ leben („Missi“, Lyon, 10/1966), bald nicht mehr zutreffen wird. Während Meldungen vom Januar 1966 über eine angeblich zehntausend Mann starke Streitmacht kambodschanischer Rebellen, die Sihanouk den Kampf angesagt hätten, später gemildert wurden, gärt es seit April dieses Jahres an verschiedenen Stellen des Landes.

Sihanouk jedenfalls bezichtigte in einer „Botschaft an die Nation“ Anfang April kambodschanische Kommunisten der „direkten Aggression“. Scharf verurteilte er die bewaffnete Rebellion im Norden des Landes, die anschließend von Regierungstruppen teilweise zurückgedrängt werden konnte. Als Reaktion auf die am 23. April vom Staatschef in einer Rundfunkansprache bekanntgegebene Aufdeckung eines angeblich kommunistischen Komplotts unter den Mitgliedern seines Kabinetts ernannte er am 2. Mai ein Notstandskabinett, das „kommunistischer Unterwanderung und ernststen wirtschaftlichen Problemen entgegenwirken sollte“.

Diese Werbung hatte wenig Erfolg, denn am 16. Mai teilte Sihanouk mit, eine baldige Volksbefragung solle ergeben, ob in Zukunft „ein nationales, sozialistisches oder kommunistisches Regime“ die Macht ausüben solle. Noch steht diese Entscheidung aus, doch nach den vielen Demonstrationen im September für die Politik der nationalen Unabhängigkeit und für die Unterstützung bei den strengen Maßnahmen gegen kommunistische Wühlarbeit und Propaganda scheint das Ergebnis klar zu sein. Der zunächst angekündigte Rückzug aller Diplomaten Kambodschas aus Peking wurde zwar wieder rückgängig ge-



macht, jedoch forderte Sihanouk die Chinesen erneut auf, ihre subversive Arbeit einzustellen und die Versuche zu beenden, die „Kulturrevolution“ nach Kambodscha zu tragen.

### Das Beispiel Burmas

Ähnliche Versuche Chinas in Burma führten im Juni 1967 zu blutigen Ausschreitungen und zu einer vollständigen Änderung des bisher freundschaftlichen Verhältnisses beider Staaten zueinander. Obwohl der von der Regierung Ne Win eingeführte „typisch burmesische Sozialismus“ (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 234 ff.) keinen Platz für eine kommunistische Partei vorsah, unterhielten China und Burma doch bis zum Beginn der „Kulturrevolution“ gute Kontakte. Noch im Juli 1965 war General Ne Win stürmisch in Peking umjubelt worden. Jetzt wird dort nur noch von der „reaktionären Militärregierung Ne Wins“ gesprochen.

Die augenblickliche Kampagne Chinas wegen des Verbots der burmesischen Regierung, mit Mao-Plaketten und Mao-Bibeln in der Öffentlichkeit Propaganda zu machen, ist gekoppelt mit einer Aktion gegen Liu Schao-tschü, dem vorgeworfen wird, der KP Burmas geraten zu haben, „die Waffen niederzulegen, sie zu vergraben oder aber die Truppen den Nationalen Verteidigungskräften einzuverleiben“, da das Ziel, nämlich „eine sozialistische Reform durchzuführen“, auch durch Zusammenarbeit mit Ne Win erreicht werden könne.

Für die 1939 gegründete, seit 1946 in Gemäßigte und Radikale gesplante und 1948 verbotene KP, die eine sechsjährige Bürgerkriegserfahrung (1948—1954) hinter sich hat, war der damalige, vorher bereits von den Sowjets vorgeschlagene Weg ein schwerer Rückschlag. In einem Rückblick anlässlich des 28. Jahrestages der Gründung schrieb der stellvertretende Vorsitzende des ZK der KP Burmas darüber u. a., die Sowjets und Liu hätten zusammengearbeitet, „um unseren bewaffneten Kampf gemeinsam zu unterminieren, und fügten unserer Partei und unseren Streitkräften schwere Verluste zu . . . Unter dem Einfluß des modernen Revisionismus griff 1957—1958 eine Massenkapitulation von einem in der Geschichte des birmanischen bewaffneten Kampfes beispiellosem Ausmaß um sich.“ Erst 1964 habe die Plenartagung des ZK wieder die Notwendigkeit der Machtergreifung mit Waffengewalt betont, was zu immer zahlreicheren Kämpfen geführt habe („Peking-Rundschau“, 5. 9. 67).

Gerade das Beispiel Burmas zeigt, wie schwer es heute ist, von dem Kommunismus zu sprechen, denn bis auf China stützen alle Ostblockländer weiterhin das Regime Ne Wins und bekräftigen ihren Standpunkt, der dort eingeschlagene Weg sei akzeptabel.

Auch von dem Experiment in Laos hatte man sich bei den Konferenzen von 1954 und 1962 eine Lösung der Probleme erhofft, in Wirklichkeit aber tobt dort wie in Vietnam ein heftiger Guerillakrieg. Längst haben die Amerikaner dem Ministerpräsidenten Souvanna Phouma militärische Unterstützung gegeben gegen Souvanna Phong und seine mindestens 20 000 kommunistischen Pathet-Lao-Rebellen, die gemeinsam mit Nordvietnamesen mehr als ein Drittel der Fläche des Landes beherrschen. Von Zusammenarbeit der Neutralisten, Kommunisten und Antikommunisten kann keine Rede mehr sein. Erst im Juli zerstörten die Partisanen auf dem Flugplatz in Luang Prabang 15 der 30 Bomber der königlich-laoti-

schen Luftwaffe. Nachschub für den Vietcong im benachbarten Vietnam geht durch laotisches Gebiet, und deshalb soll der von den USA geplante Sperrgürtel auch auf laotisches Gebiet ausgedehnt werden. Dies wird die Kommunisten in Laos jedoch kaum daran hindern, die Aktivität im ganzen Land unvermindert fortzusetzen. Ähnlich wie in Vietnam ist auch hier eine genaue Trennung der Einflußgebiete der rivalisierenden Gruppen kaum noch möglich. Und jede Entscheidung über die Zukunft des Landes ist bereits abhängig von der Entwicklung in Vietnam.

Nach diesem Rückblick über die kommunistischen Schwerpunkte in Südostasien läßt sich als einzige Gemeinsamkeit feststellen, daß es überall Organisationen gibt, die die Ziele des Marxismus verwirklichen wollen und dies wegen ihrer Illegalität mit Guerillatätigkeit versuchen müssen. Sie sind fast alle nach Peking ausgerichtet bzw. von dort ausgegangen.

Gefährlich und falsch wäre es aber, alle Anhänger dieser Bewegungen als Kommunisten zu deklarieren, da dabei vergessen würde, daß „in Asien die Unabhängigkeit die magische Formel ist“ und daß viele nur deshalb mitmachen, weil sie — wie es übrigens neuerdings auch immer wieder in Verträgen zwischen asiatischen Staaten heißt — wünschen, „daß asiatische Probleme durch Asiaten auf asiatische Weise gelöst werden“.

### Der Angelpunkt der Probleme

Hier scheint der Angelpunkt der meisten asiatischen Probleme der Gegenwart zu liegen. Dieser drängende Wunsch nach Unabhängigkeit ist immer verbunden mit erwachendem oder erstarrtem nationalen Stolz. China hat hier eigentlich allen Ländern Asiens den Weg gewiesen und bewiesen, daß man unabhängig und stark zugleich werden kann. Deshalb bewundern fast alle diese Völker den Aufstieg des chinesischen Riesen und sind sogar stolz auf seine Atombombenversuche. Das schließt jedoch nicht aus, daß man im selben Moment Angst hat, in Abhängigkeit von diesem unabhängigen Staat und seiner atomaren Macht zu geraten. Gerade dadurch besinnt man sich auf die eigene Geschichte und setzt sich entschlossener für eigene Unabhängigkeit ein. Die Führer aller kommunistischen Parteien Asiens haben in ihrer Propaganda jederzeit reichlich Anschauungs- und Lehrmaterial in Gestalt Chinas anzubieten, wenn sie Versprechungen für die Zukunft machen. Daß man sich bei der Verwirklichung des Zieles der Guerillakriegstaktik Mao Tse-tungs sowie chinesischer Erfahrung und Hilfe bedient, bedeutet jedoch noch nicht, daß man alles nachahmt oder befolgt, was von Peking vorgezeichnet wurde. Nationale Interessen und Eigenarten können eines Tages das Bild vollständig verändern. Die Alternative Freiheit oder Kommunismus, die in Europa sinnvoll erscheint, läßt sich nicht unbedingt auf Asien übertragen. Und der frühere Beraterpräsident Kennedys, A. Schlesinger, wies wohl einen neuen Weg, als er im September erklärte, das beste Bollwerk gegen die Ausbreitung des Kommunismus in Asien sei weniger die Intervention Weißer von jenseits des Ozeans als vielmehr örtlicher Nationalismus — selbst wenn er einmal kommunistische Gestalt annehme (vgl. „International Herald Tribune“, 9. 10. 67).

Dies ist wichtig bei der Pauschalbeurteilung oder gar -verurteilung des Vietcong oder anderer ursprünglich nationaler, gegen die Kolonialmacht gerichteter Organisa-



tionen. Selbst Präsident Johnson machte in dieser Hinsicht ein Zugeständnis, als er am 13. Mai 1965 im Weißen Haus über Vietnam u. a. sagte: „Hier wie in anderen Teilen der Welt sprechen die Kommunisten zu Menschen, die im Aufbruch sind; zu Menschen, die sich erheben, um die alten Fesseln zu sprengen, die um ihre Hoffnungen gelegt waren, zu Menschen, die leidenschaftlich und zu Recht nach den Früchten vom Baum der modernen Erkenntnis greifen. Es ist dieser Wunsch — und nicht einfach nur Eroberungssucht, die viele der kämpfenden Männer bewegt, die wir jetzt leider als Feind bezeichnen müssen“ (Warum Vietnam?, a. a. O., S. 48).

### Notwendige Unterscheidungen

Es wird auch vergessen, daß die zu Kommunisten gestempelten Anhänger oft niemals Marx gelesen haben, doch alles über Hunger und Not wissen, daß sie nichts mit den kommunistischen Parteien verbindet außer der gemeinsamen harten Erfahrung. Deshalb ist es mehr als fraglich, daß die vom 25. bis 29. September 1967 zum ersten Male auf Formosa zusammengetretene „Antikommunistische Weltliga“ das richtige „Gegengift“ zur Abwehr des sich stärker ausbreitenden Kommunismus ist. Wenn Korruption, westliche Militärdiktaturen und soziale Ungerechtigkeit nicht zuvor beseitigt werden, nützen Konferenzen und Deklarationen wenig. Hier könnten die Worte des indischen Botschafters in der Bundesrepublik nützlich sein, der am 30. Juni 1964 vor der „Internationalen Studentenvereinigung“ in Köln zugab: „Jede ernstliche Bedrohung Indiens in seinem Fortbestehen als wohlgeordnetem, demokratischem und souveränem Staat kommt weniger von China, dem die Presse viel Raum gewidmet hat, als von einer möglicherweise unzulänglichen Leistung seitens der indischen Regierung und der freien Demokratie in

ihren Anstrengungen, die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Volkes zu erfüllen.“ Ähnlich lautet auch die Schlußfolgerung von US-Senator J. W. Fulbright, der meint: „Sowohl der Erfolg der Kommunisten in Südvietnam als auch ihre Mißerfolge in Indien, Burma, Malaya, Indonesien und auf den Philippinen lassen mit Sicherheit vermuten, daß der Erfolg ‚nationaler Befreiungskriege‘ mehr von der Schwäche des angegriffenen Regimes als von dem Umfang der Unterstützung von außen abhängt“ (Die Arroganz der Macht, Hamburg 1967, S. 118).

Aus dieser Perspektive gewinnen neuere Bestrebungen an Bedeutung, neben den vorhandenen wirtschaftlichen und politischen Zusammenschlüssen der nichtkommunistischen Staaten Asiens neue gegenseitige Hilfsmaßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft und Hebung des Lebensstandards zu starten. Allmählich zeichnen sich auch neue Machtgruppierungen ab, die vielleicht helfen können, durch eine Alternative den starren und furchtsamen Blick vieler kleiner Länder auf China endlich in eine andere Richtung abzulenken. Man verspricht sich bereits von einem „maritimen Asien“ mit Indonesien und Japan an der Spitze einen wichtigen Kontrapunkt. Und auch auf Indien hofft man als Anziehungspunkt für seine Nachbarn, obwohl es z. Z. noch genügend eigene Probleme zu lösen hat. Die dort in peking- und moskautreue Gefolgschaft gesplante KP konnte bei den letzten Wahlen zwar mehr Stimmen auf sich vereinen als bisher, doch spielt sie eigentlich nur in Kerala eine bedeutende Rolle. Peking verdammt nun zwar den früher so sehr gelobten Führer der KP Keralas, E. M. S. Namburidipad, aber vielleicht weist der eingeschlagene Weg (vgl. „Die katholischen Missionen“, 5/1967) der Zusammenarbeit zwischen der katholischen Bauern- und Arbeiterpartei und den Kommunisten auch Möglichkeiten für andere Länder Asiens auf, wo jetzt noch blutige Kämpfe um die Zukunft ausgetragen werden.

## Kurzinformationen

Zur umstrittenen Reform des Volksschulwesens in Bayern veröffentlichten Kardinal Döpfner und Landesbischof Dietzfelbinger am 23. November 1967 ihre gemeinsamen „Leitsätze für den Unterricht und die Erziehung nach gemeinsamen Grundsätzen der christlichen Bekenntnisse“. Darin wurde die *gemeinsame Erziehung* ausdrücklich für möglich erklärt, „wenn sie durch einen konfessionell bestimmten Religionsunterricht ergänzt wird“. Bibel und Zehn Gebote, Glaubensbekenntnis, Taufe, Liedgut usw. stellten die „Basis“. Es heißt dazu jedoch: „Wir wissen, daß die Interpretation der uns gemeinsamen Bibel nicht nur in peripheren Fragen verschiedene Wege geht... Wir wünschen auch keine Verwischung der Unterschiede.“ Unter „Teilnahme von verantwortlichen Laien“ befaßten sich die bayerischen Bischöfe daraufhin am 30. November 1967 mit den „Mißdeutungen“, die nach der Veröffentlichung der „Leitsätze“ verbreitet worden seien. In einer gemeinsamen Erklärung (KNA, 12. 12. 67) stellen sie „ausdrücklich fest, daß sie nach wie vor für eine *bekennnismäßige Schulbildung* eintreten“. Die „Leitsätze“ sollten „dort zu Grunde gelegt werden, wo Kinder verschiedener christlicher Bekenntnisse gemeinsam unterrichtet werden“. Sie stellten den „umgreifenden Rahmen“ für den Aufbau einer „leistungsfähigen, gut organisierten“ christlichen Volksschule in Bayern und widersprächen „in keiner Weise der Mahnung des Zweiten Vatikanischen Konzils, die katholische Schule nach bester Möglichkeit zu fördern“. Die *Katholische Landeselternschaft* und der Familienbund in Nordrhein-Westfalen haben in einer gemeinsamen Erklärung

am 7. Dezember 1967 zu diesen beiden Dokumenten Stellung genommen und die bayerische Lösung für NRW abgelehnt, da sie von anderen Voraussetzungen ausgehe und der Toleranz gegenüber Andersdenkenden widerspreche. Für die „Sozialdemokratische Presse-Korrespondenz“ (8. 12. 67) war die Interpretation der bayerischen Bischöfe Anlaß, nach den konkreten Unterschieden zwischen christlicher und bekennnismäßiger Erziehung zu fragen. Diese Erläuterung sei bisher vorenthalten worden. Nach dem SPD-Organ wäre auch die Frage zu klären, ob die bekennnismäßigen Unterscheidungen auch auf die „Weltanschauungsfächer“ wie Deutsch, Geschichte und Sozialkunde Rückwirkungen hätten und ob in Bekenntnisklassen Lehrer anderer Bekenntnisse unterrichten könnten.

Auf der Vollversammlung des **Zentralkomitees der deutschen Katholiken** am 13. und 14. Dezember 1967 in Königstein wurden siebzehn Einzelpersonlichkeiten zu Mitgliedern des ZK gewählt, darunter zum ersten Mal mit dem Bundesverkehrsminister *Georg Leber* ein prominentes Mitglied der SPD. Die Berufungen wurden angenommen. Nach dem neuen Statut des ZK (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 306) soll die Zahl der Einzelpersonlichkeiten ein Fünftel der Gesamtzahl der Mitglieder nicht überschreiten. Sie stehen als eigene Gruppe neben den Vertretern des Laienapostolats einer jeden Diözese, den 60 leitenden Persönlichkeiten zentraler Organisationen und den Vertretern der dem Laienapostolat verbundenen Einrichtungen des Episkopats. Neben Georg